

G8: Plünderer der Welt

Martin Suchanek

In den G 8-Staaten ist die Wirtschaftsmacht der Welt konzentriert. Von den 200 größten Industriekonzernen kommen 171 aus den USA, Deutschland, Japan, Britannien, Frankreich, Italien und Kanada. Es sind vor allem diese Konzerne, die von der bestehenden kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung profitieren.

Die G 8 sind ein wichtiger Teil dieser Ordnung. Zwischen den aktuellen Gipfeltreffen koordinieren diverse Experten- und Ministerrunden die Politik der führenden imperialistischen Staaten. Die Finanz- und Wirtschaftsminister aller Staaten außer Russland treffen sich zwischen den jährlichen Gipfeln, um das internationale Währungssystem einigermaßen stabil zu halten und ihre Wirtschaftsinteressen abzustimmen.

Außerdem beherrschen sie praktisch alle wichtigen Institutionen der Weltwirtschaft - den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltbank und sämtliche regionale Entwicklungsbanken.

Profite aus der „Dritten Welt“

Der Reichtum der imperialistischen Metropolen speist sich aus zwei Quellen: erstens aus der Ausbeutung der Lohnabhängigen in den großen Industrieländern selbst; zweitens aus der Aneignung von Extraprofiten und dem nationalen Reichtum der „ärmeren“, vom Imperialismus beherrschten Länder, die wiederum aus der Überausbeutung der Arbeiterklasse der halbkolonialen Welt, der Ausbeutung der Bauernschaft oder der Aneignung der dortigen Rohstoffe und Industrien stammen.

So befindet sich ein immer größerer Teil der Wirtschaft der „Dritten Welt“ in den Händen westlicher Konzerne. Das betrifft nicht nur „boomende“ Länder wie China, wo mehr als ein Drittel aller Exporterlöse direkt an westliche Multis geht. Noch mehr trifft das auf die fast vollständig ausgebluteten Länder Afrikas, Lateinamerikas oder Asiens zu, wo mittlerweile ein großer Teil aller Rohstoffvorkommen und der Dienstleistungen Monopolbesitz westlicher Konzerne sind.

Diese Politik wird seit den 70er Jahren und der Schuldenkrise in den 80er Jahren systematisch betrieben durch Auflagen des IWF und die Bedienung der Zinsen durch Übertragung öffentlichen Eigentums. Für die Bevölkerung hat das dramatische Auswirkungen: elementare medizinische und öffentliche Versorgung fehlt, traditionelle Lebensgrundlagen (z.B. in der Landwirtschaft) werden zerstört, was wiederum Landflucht, Anwachsen der Slums usw. hervorruft.

Heute müssen rund 1,4 Milliarden Menschen (d.h. etwa die Hälfte aller Lohnabhängigen) auf der Welt mit einem Tagesverdienst von weniger als 2 Dollar überleben.

Neoliberale Ordnung überall

Bei den G 8-Treffen geht es neben dem Streben nach größtmöglicher Öffnung der Märkte der „Dritten Welt“ auch darum, die Konkurrenz untereinander zu „regulieren.“ Kein Wunder also, dass die Frage der Energieversorgung im Zentrum der Gipfel 2006 und 2007 steht. Hier geht es nicht nur um die Sicherung der Öl- und Gasvorkommen im Nahen Osten. Es geht auch um den Einfluss auf das russische Öl (respektive Russlands Einfluss auf die Weltwirtschaft) oder die Interessen der deutschen und französischen Atomindustrie (Siemens, Framatom), die ihre beherrschende

Weltmarktstellung sichern und ausbauen wollen.

Die G 8 richten nicht nur die „Dritte Welt“ nach ihren Vorstellungen ein. Auch in den eigenen Ländern sollen die Profite durch verschärfte Ausbeutung – Abschaffung von ArbeiterInnenrechten, „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes – sowie die fast vollständige Privatisierung öffentlicher Leistungen in die Höhe getrieben werden.

Auf dem Gipfel in St. Petersburg stand aktuell die Frage der Bildung, d.h. der Koordinierung der neoliberalen Angriffe auf das Bildungssystem, im Mittelpunkt. Das ist nur ein Beispiel dafür, dass auf solchen Gipfeln Strategien abgesprochen und vorangetrieben werden, die sich dann z.B. in den akuten Angriffen auf die Studierenden zeigen.

G 8 = Krieg und Besatzung

Seit dem 11. September 2001 stehen der „Krieg gegen den Terrorismus“, die „Sicherheitspolitik“ und die Vorbereitung immer neuer Kriege und Besatzungsoperationen im Zentrum aller G 8-Gipfel.

Aktuell bereiten die westlichen Großmächte einen Militärschlag und Sanktionen gegen den Iran vor.

Die von den USA geführte „Koalition der Willigen“ führte den Krieg gegen die Taliban-Herrschaft in Afghanistan und gegen das Regime von Saddam Hussein im Irak. Beide reaktionären Regimes waren ursprünglich von den USA und ihren Alliierten im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und gegen andere Regionalmächte wie den Iran militärisch und politisch aufgerüstet worden. Erst, als sie als Verbündete nicht mehr gebraucht wurden, „entdeckten“ die führenden westlichen Staatsmänner den verbrecherischen Charakter dieser einstigen Vasallen.

Die USA führen diese Kriege, um ihre Weltmachtstellung zu behaupten und auszubauen. Hinter Krieg und Besatzung stehen immer wirtschaftliche und politische Ziele – nicht erst seit Bush.

„Euroasien ist das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft in Zukunft ausgetragen wird.“ (Zbigniew Brezinski, Berater mehrerer US-Regierungen und des britisch/US-amerikanischen Ölmultis BP Amoco, aus: Die einzige Weltmacht, S. 57)

EU und Deutschland verfolgen eigene Interessen

Die EU oder Russland bedienen sich ähnlicher Mittel. Russland führt seit Jahren einen brutalen Krieg in Tschetschenien und unterstützt reaktionäre und korrupte Regimes in Zentralasien, um seine eigenen wirtschaftlichen und geostrategischen Ziele in Zentralasien und im Kaukasus durchzusetzen.

Die wesentlich größere, mit den USA konkurrierende Macht formiert sich jedoch mit der EU unter deutsch-französischer Führung. Die EU macht nicht nur bei der US-Politik offen oder versteckt mit (z.B. indem Flughäfen zur Verfügung gestellt werden), sie verfolgt immer offensiver auch eigene imperialistische Interessen – im Nahen Osten, in Afghanistan oder jetzt auch im Kongo, wo sie unter deutsch-französischer Führung als UN-Mandatsmacht fungiert. Damit einher geht ein massiver Anstieg der Konkurrenz zwischen den beiden mächtigsten Wirtschaftsblöcken der Welt. Als Resultat dessen werden wir Zeugen von immer weitgehenderen Angriffen auf die Lohnabhängigen in ganz Europa bei gleichzeitig verstärkter Auspressung der osteuropäischen Länder innerhalb der EU.

Als Teil der G 8 und drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt baut die BRD (teilweise über die NATO, verstärkt über die EU) ihre militärischen Kapazitäten aus.

Das geht auch aus dem neuen Weißbuch der Bundeswehr hervor. Die „Welt“ zitiert

Verteidigungsminister Jung: *„Vorrangige Interessen seien die Förderung der transatlantischen Stabilität und die Sicherung des Wohlstandes durch freien und ungehinderten Welthandel.“*

Und weiter: *„Hierbei gilt es wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich besonders den Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden.“*

Die G 8-Staaten sind nicht nur die größten Kriegstreiber. Sie sind auch die größten Kriegsgewinner. Die Rüstungskonzerne in den USA, in Europa, Russland und eben auch in der BRD fahren Rekordaufträge ein und machen Rekordgewinne. So belaufen sich z.B. die Kosten für den Eurofighter auf mindestens 19,5 Milliarden Euro. Insgesamt soll bis 2015 allein für die Bundeswehr Kriegsgewehr im Wert von rund 150 Milliarden beschafft werden.

Während täglich Menschen durch die Aktionen der Besatzungssoldaten sterben, brummt das Rüstungsgeschäft. Nicht nur in den USA oder Russland, sondern mehr und mehr auch in der EU. 2005 haben die EU-Länder die USA als größten Waffenexporteur der Welt überholt. Dass deutsche Waffen in aller Welt mitmorden, stimmt heute mehr denn je seit 1945.

G 8 = Zerstörung der Umwelt

Ökologische Katastrophen sind nicht einfach Naturereignisse. Als der Hurrikan Katrina New Orleans verwüstete, starben viele Menschen oder wurden obdachlos. Aber sie wurden es nicht einfach wegen der Flutwelle. Ihr Tod, ihr Elend waren auch das Resultat der Politik der Regierung Bush und ihrer Vorgänger. Der öffentliche Verkehr wurde praktisch abgeschafft. Arme, die keine Autos hatten, mussten in der Stadt zurückbleiben. Die Nationalgarde wurde nach New Orleans geschickt – nicht, um der Bevölkerung zu helfen, sondern um zu verhindern, dass diese an die Lebensmittel in den Supermärkten rankam.

Seit Jahren verändert sich das Weltklima rasch. Die G 8 und andere Industriestaaten geben vor, dass ihnen die Umwelt ein großes Anliegen wäre. Das ist reine Heuchelei!

Die Industriestaaten des Nordens sind nach wie vor die größten Umweltverschmutzer. Gleichzeitig zwingen sie Länder der „Dritten Welt“, ihre Umweltauflagen niedrig zu halten, damit das Kapital dort investiert. Die USA haben bis heute nicht einmal das Kyoto-Protokoll zur Reduktion der Treibgasemissionen unterzeichnet.

Die EU und besonders Deutschland geben sich gern als ökologische Vorreiter. Auch das ist weit entfernt von der Wahrheit. Die mächtigen Energiekonzerne wie EON oder Ruhrgas machen genauso mit beim Kampf um möglichst günstigen Zugriff auf Gas und Öl.

Die Energiewirtschaft und die Kraftwerksbauer forcieren gleichzeitig den Atomstrom als „saubere“ Alternative, obwohl nach wie vor die Fragen der Sicherheit wie der Endlagerung ungelöst sind. Kein Wunder, dass die Energiewirtschaft und Konzerne wie Siemens auf einen Wiedereinstieg in den AKW-Bau drängen, um für den chinesischen und indischen Markt und die dort winkenden Profite Vorzeigeobjekte präsentieren zu können.

Die Agrarindustrie wird zunehmend von einigen wenigen Konzernen wie Monsanto oder der deutschen Bayer AG beherrscht. Genetisch manipuliertes Saatgut wird patentiert. Die Bauern werden, hier und v.a. in der „Dritten Welt“ gezwungen, dieses Saatgut (plus die Pestizide) von Bayer, Monsanto oder anderen zu kaufen. Damit werden Millionen landwirtschaftliche ProduzentInnen in den Ruin getrieben. Gleichzeitig weiß niemand, welche Folgen die großflächige Anwendung der Gentechnik auf den Boden, die Umwelt und die Gesundheit hat. Für die Profite der

Konzerne werden ganze Landstriche und Millionen KonsumentInnen zu Versuchskaninchen. So wird allein in Brasilien genetisch modifizierter Mais auf Feldern von der Größe Dänemarks angebaut.

Klar ist, dass die Gewinne der Konzerne ins Unermessliche steigen – die Zerstörung der Umwelt, die Ausrottung vieler Arten, die Auslaugung des Bodens müssen die Armen und die KonsumentInnen bezahlen.

Auf welcher Seite die G 8 stehen, ist auch klar. Die Frage der „Patentierung“ u.a. von Genen und die polizeiliche Durchsetzung dieses Rechts stehen im Zentrum der beiden nächsten Gipfel.

Enteignung von Grundversorgung

Die Zerstörung der Umwelt und der Lebensbedingungen sind auch ein direktes Resultat von Liberalisierung und Privatisierung. So verlieren Millionen und Abermillionen ihre Existenz in der Landwirtschaft aufgrund der zunehmenden Monopolisierung der Agrarindustrie oder aufgrund der Zerstörung des Bodens durch diese.

Gleichzeitig wird in den Städten und auf dem Land die Grundversorgung der Menschen privatisiert. Wasser, Müllentsorgung, Strom usw. sind für viele in den Slums der „Dritten Welt“ (aber mittlerweile auch in Europa) nicht mehr erschwinglich.

Hinter diesen menschlichen und ökologischen Katastrophen steht ein System. Vor fast 150 Jahren hat schon Karl Marx bemerkt: *„Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und die Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie die Springquellen des Reichtums untergräbt: die Erde und die Arbeiter.“*

Für dieses kapitalistische System der Zerstörung von Mensch und Natur stehen die G 8. Es ist dieses System, das verhindert, dass die Technik und die Produktivkräfte vernünftig, zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen eingesetzt werden.

G 8 und Imperialismus

Die G 8 stellen eine der zentralen Institutionen zur Organisation der imperialistischen Weltordnung dar – in einer Periode, die durch eine zunehmende Krisenhaftigkeit des Kapitals aufgrund einer enormen Überakkumulation des Kapitals, verschärfter Konkurrenz und einem globalen Angriff auf die Ausgebeuteten und Unterdrückten sowie die Notwendigkeit der Verallgemeinerung des Widerstandes dagegen geprägt sind.

D.h. die aktuellen Schwerpunktsetzungen der G 8 rühren nicht aus dem „Willen“ der Herrschenden (genauso wenig, wie die tieferen Gründe für die US-Politik in der Person Bushs oder irgend eines anderen Präsidenten zu finden wären), sondern aus den strategischen Erfordernissen des imperialistischen Monopol- und Finanzkapitals.

Wir sehen uns hier in der Tradition Lenins, der die imperialistische Epoche als Stadium der „Neukombination“ der verschiedenen Kapitalformen begreift. Industrie- und Bankkapital verschmelzen zu dem, was Lenin im Anschluss an Hilferding „Finanzkapital“ nennt.

Dieses Finanzkapital wird bei Lenin (und den meisten marxistischen Theoretikern) anders verstanden als heute üblich. Der Mainstream der Anti-Globalisierungsbewegung und viele Wirtschaftsjournalisten verstehen das Finanzkapital eigentlich als Kredit, „Spekulation“, Aktien- und Finanzmärkte usw., also als Kapital in Geldform. Lenin hingegen:

„Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzen oder Verwachsen der

Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.“

Allerdings sieht Lenin dabei zu Recht eine dominierende Rolle des Bankenkapitals in diesem Verhältnis. Das ergibt sich logisch daraus, dass letzteres zumeist Kapital in Geldform ist. Als solches ist es im Unterschied zum in Maschinen, Rohstoffen usw. vergegenständlichten industriellen Kapital an keine bestimmte stoffliche Grundlage gebunden.

Ebenso korrekt erkennt Lenin, dass mit der Vorherrschaft des Finanzkapitals dem Export von Kapital gegenüber dem Warenexport eine immer größere Rolle zukommen muss (wiewohl letzterer selbst im Gefolge des Kapitalexportes zunimmt).

Die Entwicklung zum Finanzkapital begreift Lenin als eine nicht rückgängig zu machende, notwendige Entwicklungsstufe des Kapitals – die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise sind dabei nicht außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil: sie wirken gewissermaßen auf „höherer“ Stufenleiter fort.

„Die Trennung des Kapitaleigentums von Anwendung des Kapitals in der Produktion, die Trennung des Geldkapitals vom industriellen oder produktiven Kapital, die Trennung des Rentners, der ausschließlich vom Ertrag, vom Unternehmer und allen Personen, die an der Verfügung über das Kapital unmittelbar teilnehmen, ist dem Kapitalismus überhaupt eigen. Der Imperialismus oder die Herrschaft des Finanzkapitals ist jene höchste Stufe des Kapitalismus, wo diese Trennung gewaltige Ausmaße erreicht. Das Übergewicht des Finanzkapitals über alle übrigen Formen des Kapitals bedeutet die Vorherrschaft des Rentners und der Finanzoligarchie, die Aussonderung weniger Staaten, die finanzielle ‚Macht‘ besitzen.“

Folgerichtig lehnt Lenin die kleinbürgerliche Kritik am Finanzkapital und am Imperialismus ab, weist jeden Versuch, den Kapitalismus kleiner und mittlerer Produzenten wieder herzustellen, als reaktionär und utopisch zurück (z.B. die Anti-Trust-Bewegung). In Wirklichkeit erkannte Lenin und viele andere Marxisten vollkommen zurecht, dass die technische Weiterentwicklung der Produktionsmittel ein wichtiger Schritt zur Realisierung des Sozialismus waren und noch immer sind. Nur kann ein noch so weitläufiger technischer Fortschritt unter dem System des Kapitalismus nie für die Vergrößerung des Wohlstandes der Menschen genutzt werden, sondern wird immer ein Faktor zur weiteren Niederhaltung und Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse zugunsten des Profits genutzt werden.

Die Welt ist aufgeteilt

Lenins Theorie wäre unvollständig und unverständlich, wenn wir nicht einen anderen Aspekt der Entwicklung des Kapitalismus seit Ende des 19. Jahrhunderts in Betracht ziehen würden: die Welt ist unter den kapitalistischen Monopolen und Großmächten aufgeteilt.

Das heißt nicht, dass damit jegliche vorkapitalistische Produktionsweise schon verschwunden wäre. Allerdings sind diese Überreste mehr und mehr in den kapitalistischen Weltmarkt integriert, untergeordnet, werden durch moderne Klassenverhältnisse ersetzt – unter der Fuchtel des Kapitals.

Das bedeutet auch, dass die „zu spät gekommenen“ kapitalistischen Länder nicht den Weg der „fortgeschrittenen“ einfach nachvollziehen können. Sie sind von Beginn an als imperialisierte – ob in kolonialer oder in formell unabhängiger, halb-kolonialer politischer Form – in den Weltmarkt integriert.

Für Lenin ist „Imperialismus“ eine ökonomische, politische und historische Gesamtheit.

Imperialistische Politik ist Resultat der verschärften Konkurrenz zwischen den Mächten und Großkapitalen, und ist somit selbst politische Folge der Vorherrschaft des Finanzkapitals über alle anderen Kapitalformen. Lenin lehnt es daher kategorisch ab, „Imperialismus“ als eine besondere, „schlechte“ oder „aggressive“ Politik der kapitalistischen Staaten zu definieren. Eine nicht-imperialistische Politik der kapitalistischen Großmächte ist schlichtweg unmöglich.

Die Vorherrschaft des Finanzkapitals bedarf immer der staatlichen Absicherung dieser Herrschaft gegen die Arbeiterklasse, aufbegehrende Kolonien oder halb-koloniale Staaten („Schurkenstaaten“, wie man heute sagen würde). Insbesondere tendiert sie immer wieder zum Kampf um die Neuaufteilung der Welt zwischen den verschiedenen Gruppen des Finanzkapitals und den imperialistischen Mächten – zum imperialistischen Krieg.

Daraus ergibt sich auch eine Reihe von Schlussfolgerungen für die Revolutionsperspektive: Kampf gegen den Imperialismus, gegen das Monopol – aber nicht, um „vor-monopolistische“ Zustände wieder herzustellen, nicht um das „gute, schaffende“ Kapital gegen das „schlechte, raffende“ in Schutz zu nehmen.

Die Perspektive ist vielmehr folgende: Enteignung der Enteigner, Reorganisierung der Produktion auf großer Stufenleiter unter Leitung des Proletariats und im Weltmaßstab!

Wenn Lenin vom Imperialismus als einem „sterbenden, verfaulenden“ Kapitalismus spricht, betont er damit vor allem, dass der Imperialismus in seiner Gesamtheit ein Entwicklungsstadium darstellt, in dem die kapitalistische Produktionsweise reaktionär geworden ist. Es ist eine Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, daher auch eine Epoche massiver sozialer Erschütterungen, von Krieg, Konterrevolution und Revolution.

Lenins Imperialismustheorie ist also gleichzeitig auch eine Revolutionstheorie, die den internationalen Charakter der Revolution, die Notwendigkeit der Erringung der Staatsmacht durch die organisierte Arbeiterklasse und die Organisierung und Führung der Klasse in einer revolutionären Kommunistischen Internationale beinhaltet.

Welche Einheit brauchen wir?

Der Gipfel 2007 ist auch enorme Chancen für die deutsche und internationale Linke, für die verschiedenen, in den letzten Jahren isoliert gebliebenen Protestbewegungen, ihre Aktionen zu bündeln und im Rahmen einer internationalen Großdemonstration sowie weiterer konfrontativer Aktionen gegen den Gipfel und zentrale Einrichtungen des deutschen Imperialismus in der Region Massen zu mobilisieren und zu politisieren, ja ein Stück weit über den symbolischen Charakter des Protests hinauszukommen und an die Tradition vieler anderer militanter Gipfelproteste anzuknüpfen (wie z.B. in Genua).

Es geht darum, über den Anlass des G 8 -Gipfels hinaus, den Abwehrkampf gegen den Generalangriff im Inneren und die imperialistische Kriegs- und Besatzungspolitik nach Außen zu bündeln und weiter voranzubringen.

Dazu müssen Forderungen an alle ArbeiterInnenorganisationen, an Gewerkschaften, die WASG und die Linkspartei, gestellt werden, aktiv gegen diese Angriffe zu mobilisieren.

Es bedarf aber auch des Kampfes um eine politische Ausrichtung der Proteste und Mobilisierungen, welche die G 8 und die hinter ihnen stehende kapitalistische und imperialistische Politik offen ins Visier nimmt – und nicht die illusorische „Reformierung“ der G 8 oder anderer imperialistischer Institutionen zum strategischen Ziel erklärt. Gerade das unterscheidet uns von den meisten

reformistischen Organisationen und der Gewerkschaftsbürokratie.

Es geht auch nicht darum, den G 8 die utopische Perspektive einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“ entgegenzusetzen, die ohne proletarische Machtergreifung und planwirtschaftliche Reorganisation der Weltwirtschaft erreicht werden könnte. Diese Position der Libertären und AnarchistInnen ist nur die Kehrseite des Reformismus.

Daher haben wir uns daran beteiligt, einen internationalistischen Pol in der Mobilisierung aufzubauen. Ein solcher Block oder Pol muss sich jedoch nicht nur durch radikalere Forderungen, sondern durch eine aktive, vorwärts treibende Rolle in der Gesamtmobilisierung auszeichnen, ohne sich in der Aktion von anderen Spektren sektiererisch abzukapseln.

Vor allem brauchen wir aber eine politische Alternative zu den verschiedenen Spielarten des Reformismus, Anarchismus oder „Post-Operatismus“. Daher kämpfen wir in vielen Ländern für den Aufbau neuer Arbeiterparteien und treten dafür ein, dass diese (oder Ansätze dazu) von Beginn revolutionären Charakter haben, ohne unsere programmatischen Vorschläge zu einem Ultimatum zu erklären.

So wie Lenin aus seiner Imperialismusanalyse (und der damit verbundenen Charakterisierung des sozial-chauvinistischen Charakters der Sozialdemokratie) die Notwendigkeit des Aufbau der Kommunistischen Internationale ableitete, ist unsere Meinung nach die zentrale Schlussfolgerung aus einer aktuellen Analyse des Imperialismus und Kapitalismus heute der Kampf für den Aufbau neuer revolutionärer Arbeiterparteien und einer neuen, Fünften Internationale.

Das zentrale Problem für den Klassenkampf weltweit ergibt sich aus der Diskrepanz zwischen der objektiven Voraussetzungen der sozialistischen, internationalen Revolution und Umgestaltung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus einerseits und dem Fehlen einer revolutionären Massenkraft des Proletariats, die einen Weg weisen kann, die Klasse zu einer Klasse für sich zu machen. Ohne ein politisches Instrument ohne eine revolutionäre Partei und Internationale, ist die Überwindung diese Kluft unmöglich, die Schaffung einer solchen Kampforganisation der Arbeiterklasse daher auch die zentrale Aufgabe unsere Zeit. Auf dass die G 8 und das kapitalistische System, das sie verteidigen, auf dem Müllhaufen der Geschichte lande.